

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 11

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Politische Rundschau ★

Militärische Umschau

Panzer-Vakuum

Überblickt man den Leidensweg unseres Panzerproblems, ist man versucht, an den alten Spruch zu denken «Immer langsam voran, immer langsam voran — daß der Krähwinkler Landsturm nachkommen kann». Wir dürfen an ein «Voran» glauben, denn auch die Gegner der Panzervorlage beteuern ja ihren Willen zur Landesverteidigung. Die Überzeugung, den Kampf gegen einen allfälligen Eindringling im *Mittelland* führen zu müssen und das Reduit als eine letzte Bastion zu betrachten, ist heute Allgemeingut. Nach dem übereinstimmenden Urteil aller militärischen Sachverständigen ist aber ein erfolgreicher Kampf im Mittelland ohne Panzer nicht durchführbar. Es ist somit notwendig, das «Langsam» endlich auszumerzen.

Irrtum vorbehalten, ist die *Notwendigkeit der Panzerbeschaffung* erstmals durch den in dieser Zeitschrift veröffentlichten Aufsatz von Oberst *Albert Züblin*, *Grundfragen der Heeres-Reorganisation* (Februar-Nr. 1950), in die Öffentlichkeit getragen worden. Die nachfolgenden Ausführungen sollen dem Leser einen Überblick über die verschiedenen Stationen in der Behandlung des Panzerproblems vermitteln.

I.

In der Botschaft des Bundesrates vom 16. 2. 1951 zum *Rüstungsprogramm* wurden wesentliche Teile der Studie vom 21. 3. 1950, «Die Konzeption unserer Landesverteidigung», veröffentlicht¹⁾. Das Memorandum verlangt auf taktischem Gebiet eine «aktive Verteidigung», bestehend sowohl aus örtlichem Halten, wie auch aus Gegenstößen und Gegenangriffen, aus geplanten Rückzugsbewegungen sowie aus Angriffen mit beschränktem Ziel, was eine bewegliche Feldarmee erheischt. Die Infanterie, unsere Hauptwaffe, wird als erste den Stoß feindlicher Panzer auffangen und im Angriff den Widerstand des Feindes brechen müssen. Sie bedarf daher kräftiger Panzerabwehrmittel, mit denen sie in die Tiefe des Gefechtsfeldes wirken kann. «Dazu gehören vor allem auch Panzerwagen, die vom Feind gefürchtet und für unsere Truppen wertvolle und notwendige Begleitwaffen sind.» Als ausländische Modelle werden der russische Stalin III oder T 34, der englische Centurion und der amerikanische Patton genannt. Trotzdem Modellfrage und Beschaffungsmöglichkeiten noch nicht geklärt waren, fühlte sich der Bundesrat verpflichtet, für die Anschaffung von 550 Panzerwagen (Fahrzeuge, Ersatzteile und Munition) einen Betrag von 400 Mio anzuführen. Die eidgenössischen Räte haben mit Beschuß vom 12. 4. 1951 dem Rüstungsprogramm zugestimmt und damit indirekt auch die ihm zugrundeliegende Konzeption unserer Landesverteidigung genehmigt. Die Verfügung über den Teilkredit von 400 Mio für Panzer wurde indessen von der Zustimmung zu einer Ergänzungsbotschaft abhängig gemacht.

Am 23. 10. 1951 richtete der Bundesrat eine erste *Panzerbotschaft* an die Räte²⁾. Leider konnte man in jenem Zeitpunkt die für uns notwendigen mittelschweren Panzer noch nicht beschaffen. Als Notlösung beantragte der Bundesrat die Anschaffung von 200 leichten französischen *Panzerwagen AMX 13*, im Gesamtaufwand von 120 Mio. «Die Bemühungen, stark gepanzerte Waffen zu erhalten, werden fortgesetzt. Es bestehen berechtigte Hoffnungen, daß es mit der Zeit doch noch möglich sein wird, solche Waffen zu erhalten.» Mit Beschuß vom 11. 12. 1951 haben die Räte dieser Vorlage zugestimmt und den Kredit von 120 Mio freigegeben. Inzwischen sind 170 Panzer AMX geliefert und im Laufe des Jahres 1954 vier Leichte Panzerabteilungen aufgestellt worden.

Im Jahre 1952 zeigte sich die Möglichkeit, mittelschwere Panzer im Ausland zu beschaffen. Kommissionen wurden ins Ausland geschickt, Versuchsmodelle von Patton und Centurion im Inland ausprobiert. Zu Beginn des Jahres 1953 bestellte das EMD eine Panzerbeschaffungskommission, welcher unter dem Vorsitz des Generalstabschefs Mitglieder der eidgenössischen Räte, Fachleute der Armee und ein Vertreter der SOG angehörten³⁾. Die Kommission schloß ihre Arbeiten und Untersuchungen am 1. 12. 1953 ab und erstattete dem EMD einen umfangreichen Bericht⁴⁾. Am 5. 5. 1954 traten die Militärkommissionen der eidgenössischen Räte und die Panzerbeschaffungskommission zusammen und besichtigten gemeinsam Versuche mit den Panzermodellen AMX, Centurion und Patton im Jura-gebiet. Am 1. 6. 1954 nahm die nationalrätliche Militärkommission konsultativ Stellung zur Frage der weiteren Durchführung des Rüstungsprogramms. Sie empfahl mehrheitlich eine weitere Vermehrung der Panzerabwehrwaffen und die Beschaffung von 100 mittelschweren Panzern. Nach fünf Monaten richtete der Bundesrat am 29. 10. 1954 seine zweite *Panzerbotschaft* an die Räte, mit welcher er 96,5 Mio für die Vermehrung der Panzerabwehrwaffen und 171,2 Mio für die Beschaffung von Panzern begehrte, zusammen 267,7 Mio⁵⁾. Ein Teil dieser Aufwendungen ist für die Beschaffung von 100 Panzern des Typs *Centurion III* bestimmt. Die Botschaft stieß in der Öffentlichkeit auf heftige Kritik. «Der Bundesrat hat in einem unglücklichen Moment eine umstrittene Frage unklar zu lösen versucht und in einer noch unklarer Botschaft begründet»⁶⁾. «Wenn je eine Pressekonferenz bei der Veröffentlichung einer bundesrätlichen Botschaft am Platze gewesen wäre, dann gerade in dieser Angelegenheit, bei der schon die Wahl des Zeitpunktes denkbar ungünstig erscheint»⁷⁾. Noch schärfer war die Kritik von sozialdemo-kratischer Seite. Zusammen mit der seltsamen Einstellung in großen Teilen der welschen Schweiz gegenüber allen militärischen Fragen ergab sich so bei Beginn der Dezembersession eine denkbar ungünstige Atmosphäre für die Panzervorlage, die schließlich zur Verschiebung einer endgültigen Beschußfassung auf die Früh-jahrssession führte. Wohl stimmte der Ständerat am 9.12. der Vorlage mit 32 zu 0 Stimmen zu, wobei er dem Beschuß eine gegenüber dem bundesrätlichen Antrag verbesserte Form gab. Im Nationalrat erstreckte sich allein die Eintretensdebatte über vier Tage. Das Ergebnis lautete schließlich 96 zu 33 Stimmen für die Vorlage, nach Antrag des Bundesrates. Damit bestand einerseits materiell eine Diffe-renz zum Beschuß des Ständerates, andererseits war das zur Lösung der Ausgaben-bremse nötige absolute Mehr nicht erreicht worden. Die zweite Beratung im Na-tionalrat am 22. 12. litt bereits unter der Aufbruchsstimmung bei Sessionsschluß und führte schließlich zum Verschiebungsbeschluß mit 82 zu 70 Stimmen. Das «Panzer-Vakuum» in unserer Landesverteidigung dauert somit weiter an⁸⁾.

II.

In der zweiten Panzerbotschaft ist eine gewisse Resignation festzustellen. Sie steht im Widerspruch zur früheren klaren Forderung von 550 mittelschweren Panzern. In der Botschaft vom 29. 10. 1954 erklärt der Bundesrat, in Anbetracht

der Mehrkosten auf anderen Gebieten des Rüstungsprogrammes, sehe er «heute davon ab, eine vollständige Verwirklichung des seinerzeit beantragten und vom Parlament beschlossenen Panzerbeschaffungsprogramms im Umfange von 550 Panzerwagen vorzuschlagen». In der französischen Fassung der Botschaft lautet der Passus «nous renonçons à proposer d'exécuter entièrement le programme d'acquisition de 550 chars»⁹⁾. Die momentane Beschränkung in der deutschen Fassung wird somit durch eine unsorgfältige Übersetzung zu einem Verzicht im französischen Text, indem der einschränkende Begriff des «heute» bei der Übersetzung nicht berücksichtigt wurde. Das gleiche wiederholt sich auf der siebenten Seite der Botschaft, wo man in der deutschen Fassung liest: «Weil zurzeit das ursprüngliche Panzerbeschaffungsprogramm nicht erfüllt werden kann, da jetzt aus finanziellen Erwägungen nur eine kleinere Zahl von mittelschweren Panzern... beschafft werden soll, ...» In der französischen Fassung lautet der entsprechende Satz: «Etant donné que le programme primitif d'acquisition des chars ne peut plus être exécuté et que, pour des raisons financières, seul un petit nombre de chars moyens... peut être acquis...» Wiederum sind die einschränkenden Begriffe «zurzeit» und «jetzt» in der französischen Fassung nicht berücksichtigt, und die augenblickliche Beschränkung wird so zum definitiven Verzicht. Anderseits möchte sich doch der Bundesrat auf S. 12 der Botschaft vorbehalten, «zu gegebener Zeit auf Grund der Erfahrungen im Zusammenwirken der Panzer mit der Infanterie und unter Berücksichtigung der technischen Entwicklung weitere Anträge zur Vermehrung der Panzerwaffen zu stellen».

Auch ohne die durch ungenaue Übersetzung entstandene Verschärfung kann man sich des Eindrucks der Zwiespältigkeit nicht erwehren. Die Presse hat denn auch die Beschränkung auf 200 leichte und 100 mittelschwere Panzer als ungenügende Lösung und den bundesrätlichen Panzerplan als kostspielige Fehllösung bezeichnet. «Mit einer solchen Dotierung... ist aber die ganze Panzerfrage auf einem falschen Geleise; die für die 550 ursprünglich vorgesehenen Panzer gestellte Aufgabe lässt sich so nicht lösen»¹⁰⁾.

Eine gewisse Belastung bilden ferner die Mehrkosten für die bereits aufgestellten *Leichten Panzerabteilungen*. Von den 200 bewilligten Leichtpanzern AMX sind vorerst nur 170 bestellt und geliefert worden. Trotzdem wurde der ganze Kredit von 120 Mio hiefür aufgewendet, weil die schließliche Bildung von 4 Abteilungen anstelle der 1951 vorgesehenen 3 Abteilungen mit je 3 Panzerkp. und einer Panzerstabskp. durch die Aufstellung von 4 zusätzlichen Einheiten entsprechende Mehrkosten verursachte¹¹⁾. Wohl haben die eidgenössischen Räte durch eine entsprechende Änderung der Truppenordnung die Aufstellung von 4 Leichten Panzerabteilungen beschlossen. Aber die 170 angeschafften Panzer AMX werden von den 4 Abteilungen restlos benötigt, so daß die notwendigen Schul- und Reservepanzer heute nachzubestellen sind. Bei der Bestellung der AMX wurde ferner «eine etwas knappe Munitionsdotation vorgesehen, die nun heute erhöht werden soll». Die zusätzlichen Kosten für die bereits aufgestellte 4. Panzerabteilung, für Schul- und Reservepanzer, sowie für erhöhte Munitionsdotation betragen 27 Mio, die Beschaffung von Fliegerabwehrpanzern nicht gerechnet, die heute noch ungenügend abgeklärt ist. Der Bundesrat rechnet immerhin mit weiteren 34,2 Mio, um 4 Leichte und 2 Mittlere Panzerabteilungen noch mit den notwendigen Fliegerabwehrpanzern ausrüsten zu können. Davon dürften etwa zwei Drittel oder 22—23 Mio auf die Leichten Panzerabteilungen entfallen, deren Mehrkosten 50 Mio betragen und deren Gesamtkosten sich auf 170 Mio belaufen werden. Das ergibt eine Überschreitung von 41% des 1951 bewilligten Kredites von 120 Mio, eine Zahl, die in der Botschaft nicht ausgewiesen wird.

Verteilt man die vom Bundesrat nachgesuchten Panzerkredite auf die beiden Modelle AMX und Centurion, bzw. auf die Leichten und die Schweren Abteilungen, erhält man:

Nachtragskredite für die Leichten Abteilungen	ca. 50 Mio
Kredite für mittlere Abteilungen, einschließlich Geniematerial	ca. 121,2 Mio
	total 171,2 Mio

Die Panzerbewaffnung wird finanziell ferner durch die *Vermehrung der Panzerabwehrwaffen* belastet, für die im Rüstungsprogramm lediglich 55 Mio vorgesehen waren. Einem in den Räten geäußerten Wunsche entsprechend, wurde schon die Zahl der Panzerabwehrwaffen um 50 leichte Pakgeschütze vermehrt, mit einer Kostenüberschreitung von 3,5 Mio¹²⁾. In Weiterverfolgung dieser Tendenz werden nun weitere 96,5 Mio für die Verstärkung der Panzerabwehr bei der Feldarmee wie bei den Grenztruppen verlangt. Nun hieß es in der Panzerabwehrmotion der Räte von 1951, die Panzerabwehr sei zu verstärken «über die im Rüstungsprogramm vorgesehenen Anschaffungen hinaus»¹³⁾. Der Bundesrat aber will diese 96,5 Mio zu Lasten des Teilkredits von 400 Mio für mittelschwere Panzer berechnen. Von diesem Panzerkredit wurden bisher beansprucht:

120 Mio für 170 Leichtpanzer AMX
12,3 Mio für Versuchspanzer, Aufklärungs- und Begleitfahrzeuge

132,3 Mio total, so daß noch ein Restbetrag von 267,7 Mio verbleibt, entsprechend dem Kreditbegehr der zweiten Panzervorlage. Der Bundesrat beabsichtigt somit, von den 400 für Panzer reservierten Mio 96 Mio für Panzerabwehrformationen und Panzerabwehrwaffen der Infanterie zu verwenden. Resigniert bemerkt er: «Wenn die eidgenössischen Räte nicht zusätzlich zum Rüstungsprogramm eine Vermehrung der Panzerabwehrwaffen durch die Motion verlangt hätten, könnten mit den erwähnten 267,7 Mio 200 mittelschwere Panzer beschafft werden, so daß zusammen mit den 200 leichten Panzern, immerhin ein Bestand von 400 Panzern hätte erreicht werden können.» Warum verlangt der Bundesrat nicht innerhalb des Rüstungsprogrammes 267,7 Mio für 200 mittelschwere Panzer und, in Ergänzung des Rüstungsprogramms, die 96,5 Mio für die Panzerabwehr?

Nachdem der nachgesuchte Kredit von 267,7 Mio genau dem noch blockierten Restbetrag des Panzerkredites entspricht, sollte man annehmen, daß dieser neue Kredit innerhalb des Rüstungsprogramms von 1951 und speziell innerhalb des damaligen Panzerprogramms nachgesucht werde. Der Bundesrat aber rechnet anders. Im Bericht von 1953 über die Abwicklung des Rüstungsprogramms hat er mutmaßliche Mehrkosten von 219,2 Mio berechnet. Die Räte haben 1953 darauf verzichtet, bereits einen Zusatzkredit von 220 Mio zu bewilligen und den Bundesrat eingeladen, «sobald das bereinigte Rüstungsprogramm durchgeführt ist (Panzerbeschaffung ausgenommen) . . . , den eidgenössischen Räten beförderlich Bericht und Abrechnung zu erstatten sowie gegebenenfalls ein einlässlich begründetes Nachtragskreditbegehr zu stellen»¹⁴⁾. Der Bundesrat aber hat sich über diesen Beschuß hinweggesetzt, verschiebt diese 220 Mio Kreditüberschreitung beim Kriegsmaterial (41,6) und den Bauten (177,6) auf den blockierten Panzerkredit und stellt fest, daß schlußendlich vom gesamten Kredit des Rüstungsprogramms heute nur noch ein Restkredit von 47,7 Mio zur Verfügung stehe. Demgemäß beantragt er die Verteilung der neuen Kredite für Panzer und Panzerabwehr wie folgt:

47,7 Mio aus dem Panzerkredit des Rüstungsprogramms
220 Mio zusätzlicher, neuer Kredit
267,7 Mio total.

«Vom Standpunkt einer klaren Budgetpolitik läßt sich gegen diese Verbuchung nichts einwenden», schrieb die NZZ, aber sie sah prophetisch voraus: «Der budgettechnische Rigorismus kann anderseits der Armee und ihren Bedürfnissen Schaden zufügen... Für die massiven Kreditüberschreitungen bei den Bauten, gegen die sich in den eidgenössischen Räten aus naheliegenden Gründen kaum eine

Opposition geregt hätte, muß nun das ohnehin weniger leicht durchzubringende Panzer- und Panzerabwehrprogramm büßen»¹⁵⁾. — «Mit dieser Betrachtungsweise (des Bundesrates) ist nun aber für die Beschußfassung über die Beschaffung der Panzer eine Belastung entstanden, die man nach dem Werdegang der Rüstungsfrage nicht als berechtigt ansehen kann. Richtiger hätte es geschienen, wenn der Bundesrat die 220 Mio Kreditüberschreitung für Bauten als solche ausgewiesen, in einer Botschaft begründet und als Nachtragskreditbegehren den eidgenössischen Räten zum Entscheid unterbreitet hätte, losgelöst von der Frage der Panzerbeschaffung»¹⁶⁾. Mit dieser Belastung des Panzerkredites durch die Kreditüberschreitung hat der Bundesrat das Panzerproblem «auf der psychologischen Seite kompliziert»¹⁷⁾.

Auf Antrag von Stüssi (Glarus) versuchte der Ständerat vergeblich, diese unglückliche Vermengung von Kreditüberschreitung und Panzervorlage zu lösen. «Er beharrte unseres Erachtens völlig zu Recht darauf, daß das Panzerbeschaffungsprogramm und jene alten Sünden nicht untereinandergebracht würden. — Es wäre zu billig gewesen, wenn hinter den dicken Stahlplatten des ‚Centurions‘ die ‚Bausünden‘ ungeschoren ins Trockene gebracht worden wären»¹⁸⁾. Vergeblich. Nationalrat und Bundesrat hielten an dieser Vermengung fest und bewirkten damit schlußendlich die Verschiebung der Beschußfassung.

Personell macht die Aufstellung von zwei mittleren Panzerabteilungen dem Bundesrat keine Sorgen. «Es dürfte möglich sein, die erforderlichen Bestände aus anderen Truppen herauszuholen, ohne daß dadurch untragbare Lücken in deren Bestände gerissen werden.» Das mag rein quantitativ zutreffen. Da aber für Panzerformationen nur ausgesuchte Leute in Betracht fallen, führt dieses System, das schon für die Aufstellung der 4 Leichten Panzerabteilungen im Jahr 1954 praktiziert wurde, zu einer Qualitätseinbuße bei den anderen Truppen, namentlich bei der Infanterie und den übrigen leichten Kampftruppen. Größere Schwierigkeiten bereitet die Bestandesfrage für die Vermehrung der Panzerabwehrwaffen. «Die Auflösung von einzelnen Formationen, um die erforderlichen Bedienungsmannschaften freizubekommen, wird sich kaum vermeiden lassen.» Aber der Bundesrat sagt nicht, wie er dieses Problem lösen will. Glaubt er, daß die Aufstellung von Panzertruppen und vermehrten Panzerabwehrformationen möglich ist, ohne gleichzeitig die Kavallerie aufzulösen und die kostspielige Pferdeanstalt aufzuheben?

Trotz jahrelangem Suchen ist auch die Frage der *Waffen-, Schieß- und Übungsplätze für Panzer* noch immer ungeklärt. Projekte, die schon ziemlich weit gediehen waren (Aigle), wurden wieder fallen gelassen, sobald sich ernsthafter Widerstand regte, so daß man sich vorläufig mit provisorischen Lösungen begnügen muß. Wird man je Waffen- oder Schießplätze errichten können, ohne erheblichen Widerstand jener Kreise, die hievon nicht unmittelbare Vorteile ziehen können und ohne Einsprachen von Natur- und Heimatschutz? Mit dem Ausweichen vor Schwierigkeiten wird man sowenig einen Panzerwaffenplatz finden können, als man nach der Preisgabe des Artilleriewaffenplatzes Kloten-Bülach einen neuen Artilleriewaffenplatz fand.

Stark kritisiert wurde auch der *Zeitpunkt*, in dem der Bundesrat die Panzerbotschaft veröffentlichte, unmittelbar nach der Abstimmung über die Finanzvorlage. Dabei handelt es sich nicht etwa um ein zufälliges Zusammentreffen. Materiell war die Botschaft bereits im Sommer bereinigt; der Bundesrat hat sie bewußt solange zurückgehalten¹⁹⁾. Schon diese Verschiebung an sich erregte Anstoß und steht im Widerspruch mit der vom Bundesrat behaupteten Dringlichkeit der Vorlage. Wäre die Botschaft im August veröffentlicht worden, so hätte sie der eine Rat in der Herbstsession, der andere in der Wintersession beraten können. So aber mußte sie in beiden Räten im Dezember beraten werden und litt damit unter der Zeitnot, welche die gesamte Dezembersession kennzeichnete. Das späte Datum

der Panzerbotschaft brachte sie zeitlich in unmittelbare Nähe des Schlußberichtes der Kommission für die Überprüfung der Militärausgaben und des Wechsels des Departementschefs. Die geschilderten Momente haben den Gegnern der Panzervorlage Trumpfkarten verschafft, die hemmungslos ausgespielt wurden.

III.

Die *Gegner der Panzervorlage* zählen vier Gruppen: Zunächst die Kommunisten der PdA und der dissidente Nicole, welche offen die Landesverteidigung überhaupt bekämpfen und deshalb nicht gefährlich sind. Im Gegensatz zu dieser ersten Gruppe stehen die anderen Gegner «grundsätzlich» auf dem Boden der Landesverteidigung. Eine zweite Gruppe bilden die Panzergegner, welche das Heil der Panzerabwehr in der Nahabwehr, unter Verzicht auf eigene Panzer, suchen. Sie lehnen das im Rüstungsprogramm von 1951 enthaltene Programm von 550 mittelschweren Panzern ab und wollen seine Verwirklichung durch Verstärkung der Panzerabwehr mit infanteristischen Waffen durchkreuzen. Das in der welschen Schweiz vorhandene Malaise in militärischen Fragen liefert die dritte Gruppe, die Sozialdemokratie die vierte.

Die Rolle dieser vierten Gruppe ist etwas näher zu betrachten. Sie hat in den parlamentarischen «Panzerschlachten» erfolgreich die Führung an sich gerissen. Nationalrat Bringolf ist zur Zeit Präsident der Militärikommission des Nationalrates. Diese Kommission wünschte sich im Frühling 1954 konsultativ über die Verwendung des Restkredites für die Panzerbeschaffung zu äußern. Sie empfahl in ihrer Sitzung vom 1. 6. 1954 dem Bundesrat die weitere Vermehrung der Panzerabwehrwaffen, die Anschaffung von lediglich 100 mittelschweren Panzern (im Gegensatz zur Panzerbeschaffungskommission) und den Einbezug der Kreditüberschreitung von 220 Mio in die Panzervorlage²⁰⁾. Diese Kreditschiebung vertrat Bringolf auch als Parteipräsident im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei am 31. 10. 1954²¹⁾. Der gleiche Referent aber empfahl zur Frage der Anschaffung mittelschwerer Panzer «allergrößte Zurückhaltung». «Die Verweigerung des angeforderten Kredites rechtfertigt sich auch deshalb, weil vor drei Jahren die Fachleute ein Minimum von 500 Panzern gleichen Typs als unerlässlich erklärt und sich heute mit weniger als dem fünften Teil davon begnügen wollen». — Die NZZ zog folgenden Schluß: «Die bereits vor einiger Zeit signalisierte schizoide Haltung der Sozialdemokratischen Partei gegenüber den Problemen der militärischen Landesverteidigung scheint sich am praktischen Beispiel des Panzer- und Panzerabwehrkredits zu bestätigen. Die Linke hält zwar emphatisch an ihrem Bekenntnis zur Landesverteidigung fest und zeigt bei der geringsten Anzweiflung dieser ihrer prinzipiellen Einstellung die Symptome heftigster Kränkung. In der Praxis lässt sie aber am Militär, besonders an der Leitung des Militärs, keinen guten Faden und läuft gegen die angeblich ‚weit übersetzten Militärausgaben‘ Sturm»²²⁾.

Nationalrat Bringolf verbreitete sodann in einem von der gesamten sozialdemokratischen Parteipresse veröffentlichten Artikel eine Meldung des deutschen Nachrichtenmagazins «Der Spiegel» vom 20. 10. 1954, wonach der parlamentarische Staatssekretär im britischen Verteidigungsministerium, Birck, im Juli 1953, anlässlich einer Inspektionstour, erklärt haben soll, der Centurion sei reif für die Ortswehr²³⁾. Eine ähnliche Bezeichnung des Centurion als «Ladenhüter» in der «Frankfurter Zeitung» wurde prompt von der Basler «National-Zeitung» wiedergegeben²⁴⁾. In der Folge erwies sich die Meldung des «Spiegel» als falsch, und Birck bestritt entschieden die ihm in den Mund gelegten Äußerungen. Aber, semper aliquid haeret. Die Falschmeldung hatte Mißtrauen gegen den Centurion geweckt, das auch durch die Tatsachen nicht behoben wurde, daß verschiedene NATO-Truppen mit dem Centurion ausgerüstet sind und Schweden nach einer ersten, 1953 beschafften Serie

von 80 Centurion, eine weitere Serie von 100 Centurion bestellt, für die sich der sozialdemokratische Verteidigungsminister in Übereinstimmung mit der Armeeleitung einsetzt²⁵⁾.

Nach dieser Stellungnahme in der Panzerfrage begründete Bringolf als Referent der Militärikommission die Panzervorlage und empfahl sie namens der Kommission zur Annahme. Das welsche Kommissionsreferat Cottiers wirkte nicht überzeugender. Es mußte seltsam berühren, «daß beide Kommissionsreferenten, die im Namen der Mehrheit für die Vorlage votierten, anerkanntermaßen Gegner dieser Vorlage sind. Dies zeigte sich eindrücklich am Mittwochmorgen (22. 12) in der von Kommissionspräsident Bringolf und seinen Gesinnungsgenossen praktizierten ‚Filibuster‘-Taktik. Das Spiel auf Zeit trug seine Früchte. Ob jedoch der Mann im Volk solchem Finassieren auf den Leim geht, ist höchst fraglich»²⁶⁾.

Die eigentliche Bekämpfung der Panzervorlage überließ die Fraktion den Nationalräten Huber-St. Gallen und Gittermann, die sich zwar beide geschickterweise nicht gegen die Panzerbeschaffung aussprachen, sondern nur Verschiebungsanträge stellten. Huber verstand es dabei meisterhaft, die Unklarheiten und Widersprüche der Botschaft auszuspielen. Sein Verschiebungsantrag wurde zunächst mit Stichentscheid von Nationalrat Zigerli abgelehnt. Gittermann, der am letzten Sessionstag erneut einen Verschiebungsantrag einreichte, ließ dabei alle Register spielen und benützte die Kreditüberschreitungen von 220 Mio zu heftigen Ausfällen gegen das EMD und die Panzervorlage. Der Nationalrat ließ sich von seinen Ausführungen sichtlich beeindrucken und beschloß schließlich mit 82 zu 70 Stimmen Verschiebung auf die nächste Session, ohne sich zu erinnern, daß diese Kreditüberschreitungen von 220 Mio im Bericht des Bundesrates von 1953 bereits in aller nur wünschbaren Ausführlichkeit begründet wurden und ohne der entsprechenden Beschußfassung der Räte vom Dezember 1953 Rechnung zu tragen. «Mit dem sozialistischen Antrag stimmten beinahe geschlossen auch die bürgerlichen Parlamentarier aus der welschen Schweiz. Ob sie damit dem neuen Vorsteher des Militärdepartements einen Dienst erweisen wollten und erwiesen haben? Über die Panzervorlage waltete von Anfang an ein Unstern»²⁷⁾. — «Wir erinnern uns nicht, die Räte je in einer so unwürdigen Situation gesehen zu haben, wie dies bei der Behandlung der Panzervorlage in der Schlussitzung der Fall war. — Unter anderem war Nationalrat Bringolf maßgeblich beteiligt an diesem unschönen Spiel; er hat — wiewohl er Präsident der Militärikommission ist — offensichtlich ‚auf Zeit‘ gearbeitet und damit die Stellung seiner Gesinnungsfreunde begünstigt. Diejenigen, die ihm vor einem Jahr den Aufstieg zu diesem verantwortungsvollen Posten ermöglichten, dürften sich in den Haaren kratzen. Die Tatsache, daß die nationalrätsliche Militärikommission sich bis sozusagen zur letzten Stunde nicht mit dem Finanzierungsmodus für die Panzervorlage befaßte, trotzdem der Ständerat schon längst dazu das Signal gegeben hatte, läßt kaum auf eine überlegene Geschäftsführung schließen»²⁸⁾. Mit der Verschiebung haben die Sozialdemokraten «das Ziel, das sie von Beginn der Beratungen über die Panzerabwehr- und Panzerkredit verfolgten, erreicht. Dem Verschleppungsmanöver haben die Sozialdemokraten, zahlreiche Parlamentarier aller Parteien aus der Westschweiz und natürlich das kleine Kommunistenhäuflein zum Siege verholfen: Es war das gleiche seltsame Konglomerat, das sich schon seit Monaten in der offenen oder versteckten Stimmungsmache gegen das Militär und das Militärdepartement übt und gefällt und den Wünschen und Vorschlägen der Armeeleitung mit jener hartnäckigen mala voluntas begegnet, unter deren Schutz und Vorwand dann auch die Schindmähre einer Initiative Chevallier vortrabten kann. Die sozialdemokratische Fraktion hat ... einfach einen Auftrag ausgeführt, den ihr der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz am 27. 11. erteilt hat»²⁹⁾. In jener Sitzung beschloß der Parteivorstand die Überprüfung der Militärpolitik durch eine besondere Kommission und «die Kredite für die Panzervorlage zu verweigern, bis ein Parteitag

die Ergebnisse der Studienarbeit diskutiert habe. Die Fraktion ist dem Auftrag der Partei nachgekommen, und um im Nationalrat eine Mehrheit zu erringen, legte sie den Nebelschleier einer Budgetdiskussion vor ihr wahres Kampfziel». — «Dass für ein parteiinternes Versäumnis die Armee den Kopf hinhalten soll, ist eine Zumutung, für die in der Öffentlichkeit kaum Verständnis vorhanden ist.»

Bringolf hat als sozialdemokratischer Parteipräsident und Präsident der Militärkommission des Nationalrates eine befremdliche Stellung eingenommen. Wenn die Panzervorlage vorerst an den finanzpolitischen Manipulationen mit den Kreditüberschreitungen gescheitert ist, muß man sich daran erinnern, daß sich die von ihm präsidierte Militärkommission konsultativ zur weiteren Panzerbeschaffung zu äußern wünschte und dem Bundesrat die verhängnisvolle Kreditschiebung beantragt hatte, die Gitermann auszuschlagen wußte. Es war wiederum Bringolf, der den Nationalrat über den vernünftigen Beschuß des Ständerates nicht genügend orientierte und ihm beantragte, an der bundesrätlichen Fassung des Beschlusseentwurfes festzuhalten. So konnte dann Gitermann in einem Kommentar im «Volksrecht» den Sieg feiern, den er und seine Fraktion in der «ersten Panzerschlacht der Schweizergeschichte» errungen haben³⁰).

IV.

Der Sieg ist den Panzergegnern durch die fehlende Abstimmungsdisziplin vieler bürgerlicher Nationalräte leicht gemacht worden. Der Nationalrat weist 196 Mitglieder auf. An der namentlichen Abstimmung vom 21. 12. über den Verschiebungsantrag Huber haben sich 183 Mitglieder beteiligt, an der Gesamtabstimmung etwa eine halbe Stunde später noch 129 Mitglieder, so daß mit 96 Ja gegen 33 Nein das notwendige absolute Mehr nicht erreicht wurde. Mehr als 50 Mitglieder des Nationalrates, die an der dramatisch verlaufenen namentlichen Abstimmung teilgenommen hatten, fehlten eine halbe Stunde später oder enthielten sich der Stimme. Das gleiche wiederholte sich am letzten Sessionstag, als an der Abstimmung über den Verschiebungsantrag Gitermann 152 Mitglieder teilnahmen, während rund 40 Mitglieder entweder nicht im Saal anwesend waren oder sich der Stimme enthielten. Innert Jahresfrist ist infolge schlechter Abstimmungsdisziplin zum dritten Male das für die Lösung der Ausgabenbremse nötige absolute Mehr nicht erreicht worden (Dienstleistungen für Landsturmunteroffiziere der Zerstörungsformationen und zweite Venom-Vorlage), so daß die betreffenden Vorlagen erst in einer folgenden Session verabschiedet werden konnten. In allen drei Fällen hat das Fernbleiben bürgerlicher Nationalräte von den Abstimmungen der sozialdemokratischen Verzögerungstaktik zum Siege verholfen. Können zahlreiche bürgerliche Nationalräte nur durch das Mittel der namentlichen Abstimmung zur eindeutigen Stellungnahme für oder wider eine umstrittene Vorlage veranlaßt werden?

V.

Soll die Panzervorlage von 1954, über die von Anfang an ein unglückseliger Stern stand, im März neuerdings beraten und mühsam durchgekämpft werden? Wäre es nicht besser, eine neu bearbeitete Vorlage zu unterbreiten, allerdings nur unter der *Voraussetzung*, daß, der Dringlichkeit wegen, beide Räte dieselbe in der nächsten Session behandeln, um unter keinen Umständen den letzten Termin für die Panzerbestellung zu verpassen. Als Thesen nennen wir: 1. Der Bundesrat hält am Panzerprogramm von 1951 im Umfang von 550 mittelschweren Panzern fest. Das Programm ist in den nächsten Jahren stufenweise zu verwirklichen. 2. Die 170 Leichtpanzer AMX 13 bilden eine erste Etappe in der Verwirklichung dieses Programms. Die 4 Leichten Panzerabteilungen sind zu verstärken durch Flabpanzer; die 170 AMX sind zu ergänzen durch Schul- und Reservepanzer; die Munitionsdotation ist zu

erhöhen. Kreditbedarf 50 Mio. 3. Als zweite Etappe des Panzerprogramms werden 200 Centurion beschafft und 4 mittlere Panzerabteilungen aufgestellt. Dafür und für die entsprechenden Flabpanzer stehen innerhalb des Panzerkredites des Rüstungsprogramms noch 217,7 Mio zur Verfügung. 4. Als spätere dritte Etappe wird die Ersetzung der Panzerjäger G 13 durch 150 mittelschwere Panzer eines später zu bestimmenden Typs vorgesehen, womit das Panzerprogramm erfüllt ist. Diese dritte Etappe muß nach Erschöpfung des Panzerkredites von 400 Mio außerhalb des Rüstungsprogramms erfolgen. 5. Nach Abschluß des Panzerprogramms ist der Panzerpark analog dem Flugzeugpark laufend zu erneuern. 6. Außerhalb des Rüstungsprogrammes wird für die Vermehrung der Panzerabwehrwaffen ein Kredit von 96,5 Mio nachgesucht. 7. Nach Abschluß des Rüstungsprogramms 1951 wird der Bundesrat den Räten einen eingehenden Schlußbericht und eine genaue Abrechnung vorlegen und für die Kreditüberschreitungen von schätzungsweise 220 Mio einen Nachtragskredit verlangen.

* * *

Wir sind überzeugt, daß eine neue Panzervorlage auf Grund eines klaren und eindeutigen Programms die Zustimmung der Räte finden würde. Kann sich der Bundesrat zu einer kompromißlosen Haltung durchringen, darf er auf die Gefolgschaft des Parlaments zählen, trotz einiger unvermeidlicher Widerstände.

Unsere Räte und unser Volk werden schlußendlich unserer Armee die Waffen geben, die sie, vor allem die Infanterie, im allfälligen Kampf gegen einen modernen Gegner in unserem panzergängigen Mittelland haben muß. Es geht nicht darum, fremde Armeen nachzuahmen und eine Panzerarmee für operative Aufgaben aufzustellen. Es geht nur darum, jeder Division und Gebirgsbrigade eine Abteilung mittelschwerer Panzer zur Verfügung zu stellen, als Begleitwaffe der Infanterie und als wirkungsvollste Panzerabwehr auf Entfernungen von 1000 bis 2000 Meter, auf die unsere übrigen Panzerabwehrwaffen noch nicht wirken können. Man muß mit offenen Karten spielen, in der Überzeugung, für eine gute Sache zu kämpfen.

Miles

¹⁾ Bundesblatt 1951 I 580. ²⁾ Bundesblatt 1951 III 280. ³⁾ Botschaft vom 29. 10. 1954, Bundesblatt 1954 II 857. ⁴⁾ Tätigkeitsbericht SOG, zweites Halbjahr 1953, publ. in den Mitteilungen der Of.-Ges. Bern, Nr. 5/6, Aug./Sept. 1954. NZZ Nr. 846, 8. 4. 1954. ⁵⁾ Bundesblatt 1954 II 857. ⁶⁾ Tages-Anzeiger, Zürich, 5. 11. 1954. ⁷⁾ Berner Tagblatt, Nr. 307, 7. 11. 1954. ⁸⁾ Berner Tagwacht, Nr. 12, 15. 1. 1955. ⁹⁾ Feuille fédérale 1954, vol. II, page 857. ¹⁰⁾ Tages-Anzeiger, Zürich, 5. 11. 1954. ¹¹⁾ Botschaft vom 23. 10. 1951, Bundesblatt 1951 III 280. ¹²⁾ Bericht vom 15. 4. 1953 über die Abwicklung des Rüstungsprogramms, Bundesblatt 1953 I 874. ¹³⁾ Botschaft vom 29. 10. 1954, Bundesblatt 1954 II 857. ¹⁴⁾ Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung, Wintersession 1953 (IV/53). ¹⁵⁾ NZZ, Nr. 2737, 5. 11. 1954. ¹⁶⁾ NZZ, Nr. 3058, 4. 12. 1954. ¹⁷⁾ Berner Tagblatt, Nr. 307, 7. 11. 1954. ¹⁸⁾ Basler Nachrichten, Nr. 547, 23. 12. 1954. ¹⁹⁾ Thurgauer Zeitung, 24. 12. 1954. NZZ, Nr. 3303, 23. 12. 1954. ²⁰⁾ Berner Tagwacht, Nr. 126, 2. 6. 1954. ²¹⁾ NZZ, Nr. 2709, 2. 11. 1954. ²²⁾ NZZ, Nr. 2737, 5. 11. 1954. ²³⁾ Volksstimme, Nr. 264, 12. 11. 1954. ²⁴⁾ National-Zeitung, 3. 11. 1954. ²⁵⁾ Der Bund, 10. 12. 1954; NZZ, 9. 12. 1954; Journal de Genève, 20. 12. 1954. ²⁶⁾ Anzeiger des Bezirks Horgen, Nr. 154, 27. 12. 1954. ²⁷⁾ NZZ, Nr. 3294, 22. 12. 1954. ²⁸⁾ Die Tat, 23. 12. 1954. ²⁹⁾ NZZ, Nr. 3351, 30. 12. 1954. ³⁰⁾ Vgl. NZZ, Nr. 3351, 30. 12. 1954.

Bericht aus Belgrad

Der Präsident der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, Josip Broz-Tito, den die Kominformpropaganda ein halbes Jahrzehnt als Meuchelmörder, Verräter des Sozialismus, Faschisten und imperialistischen Spion beschimpft und in Karikaturen als widerliche Ratte oder bluttriefenden Hund dargestellt hatte, wurde kürzlich vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Chruschtschew, in einem Trinkspruch bei einem Empfang in der jugoslawischen Botschaft zu Moskau anlässlich des jugoslawischen Staatsfeiertages als «der große Tito» gefeiert. Das Rätselraten um die Ursachen dieses Umschwunges in der sowjetischen Haltung setzte schon Monate vorher ein, nachdem die Botschafter der Sowjetunion und ihrer Vasallenländer nach sechsjähriger Abwesenheit in die jugoslawische Bundes-Hauptstadt zurückgekehrt waren. Wie sich nunmehr das Verhältnis Jugoslawiens zu den beiden Weltblocks gestalten wird, ist das Hauptthema der regen diplomatischen Gespräche in Belgrad.

Vorerst ist festzuhalten, daß die Anregung zur

Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Ostblock und Jugoslawien

nach dem 1948 erfolgten Ausstoß der KP Jugoslawiens aus dem Kominform, dem eine totale Wirtschaftsblockade des Landes und eine akute Bedrohung seiner Grenzen verbunden mit einer noch nie dagewesenen Hetzkampagne vom Osten aus folgte, vom Kreml ausging. Diese Tatsache wurde von Marschall Tito in seiner Mitte Juni 1953 in Pazin gehaltenen Rede als «ein großer Sieg über den Kominform» gefeiert. Aber auch nach eineinhalb Jahren blieb der Marschall dabei, daß die Normalisierung der Beziehungen zu den Oststaaten ein großer Sieg für Jugoslawien sei. In Wirklichkeit konnte man in Belgrad beobachten, daß die letzten plumpen Anbiederungsversuche der Sowjetunion mit Unbehagen aufgenommen wurden, da inzwischen offensichtlich wurde, daß der Kreml die jugoslawische Regierung mit seinen Freundschaftsangeboten in der westlichen Welt diffamieren will. Viele ausländische Journalisten stellten ja daraufhin in Belgrad führenden Männern die Frage, ob Jugoslawien in den Ostblock zurückzukehren gedenke, ohne daß dafür andere Anzeichen als die sowjetischen Annäherungswünsche vorlagen.

Der Aufklärung Jugoslawiens und des Auslandes diente die von Tito am 21. November in Kopar (Capodistria) in der ehemaligen B-Zone von Triest gehaltene Rede, der zufolge der Konflikt mit dem Kominform keine ideologische Auseinandersetzung, sondern ein Streit zwischen zwei Staaten als Resultat der stalinistischen Politik gewesen sei. Diese Erklärung entspricht der Ansicht der Balkan-Kenner, daß die Hauptursache des Konfliktes in dem Widerstand der auf ihre Vormachtstellung auf dem Balkan bedachten Sowjetunion gegen die von Tito und Dimitroff geplant gewesene Föderation Jugoslawien—Bulgarien mit Einbeziehung Albaniens zu suchen sei. Die neuen Führer der Sowjetunion hätten Tito zufolge bald nach Stalins Tod den Mut gehabt, mit der bisherigen Politik abzubrechen und Jugoslawien normale, ja gute Beziehungen anzubieten, wodurch endgültig bewiesen worden sei, daß Jugoslawien im Recht sei. Manche böswillige Leute im Westen wollten jedoch in der Normalisierung die Wiederherstellung der alten Freundschaft sehen und behaupteten, alle Hilfeleistungen des Westens an Jugoslawien wären unnütz gewesen. Hiezu stellte Tito weiter fest, daß Jugoslawien nichts umsonst erhalten und auch der Westen Vorteile genossen habe. An die Adresse der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder erklärte Tito, daß Jugo-

slawien sein Verhältnis zum Osten keineswegs auf Kosten der Beziehungen zum Westen verbessern könne. Die westlichen Länder, mit denen Jugoslawien seit 1948 in regen wirtschaftlichen Beziehungen stehe und von denen es Kredite und Hilfe auch weiterhin erhalte, hätten sich in der für Jugoslawien schwersten Zeit als seine Freunde erwiesen. Tito ließ auch diesmal keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er den «Sozialismus» in seinem Lande nicht fallen lassen wolle. Er unterstrich in den letzten Monaten deutlich, daß Jugoslawien gar nicht daran denke, dem Atlantikpakt beizutreten. Es sei notwendig, daß man sich auch auf östlicher Seite darüber klar werde, daß Jugoslawien niemals in die Lage von 1948 zurückzukehren beabsichtige. Dennoch habe niemand das Recht zu behaupten, daß wir Jugoslawen unverbesserliche Neutralisten seien. Wir sind, so betonte der jugoslawische Staatschef, ein unabhängiger Staat mit einer aktiven Außenpolitik. Die Normalisierung bedeute jedoch nicht, daß

der Balkanpakt

dadurch wertlos geworden wäre. Dies wäre der Fall gewesen, wenn er in aggressiver Absicht gegen die Sowjetunion gebildet worden wäre. Da er aber zu reinen Verteidigungszwecken geschlossen worden sei, werde er, Tito zufolge, auch weiterhin für die Jugoslawen, die Griechen und Türken von Nutzen sein.

Tatsächlich sind es weniger außenpolitische Kombinationen, sondern vielmehr verschiedene Ansichten der drei Generalstäbe der Balkanpaktstaaten, die der praktischen Durchführung des Militärbündnisses im Wege stehen. Bei der Koordinierung der Arbeit der Generalstäbe sträubten sich die Jugoslawen, die zweifellos über reiche Kampferfahrung, weniger aber über strategische Kenntnisse verfügen, dagegen, das Gros ihrer Armeeverbände in Südserbien um Nisch und in Jugoslawisch-Mazedonien um Skoplje zu stationieren, um dem im Ernstfall zu erwartenden feindlichen Vorstoß von Bulgarien aus nach dem Westen zu begegnen, der eine Verbindung mit Albanien herzustellen und Jugoslawien von Griechenland zu trennen hätte. Der jugoslawische Generalstab befürchtete, daß dadurch die im Nordosten des Landes exponiert liegende Bundeshauptstadt entblößt werden müßte. Inzwischen kam er aber auch zu der Erkenntnis, daß sich die jugoslawische Armee den vereinigten Ostblockarmeen nicht im freien Feld der Wojwodina stellen könnte, da starke Truppenverbände mit der Abwehr des aus Südwestungarn zu erwartenden Vorstoßes über Laibach nach Triest gebunden wären, wie dies die Herbstmanöver, die 1953 zwischen Laibach und Agram abgehalten wurden, zeigten. Die divergierenden Ansichten der Generalstäbe der Balkanpaktstaaten konnten jedoch in den letzten Wochen 1954 weitgehend in Einklang gebracht werden, so daß die schwierige Anlaufperiode des Bündnisses überwunden sein dürfte. Somit ist Jugoslawien durch einen Regionalpakt mit zwei Mitgliedern des Atlantikpaktes verbunden und genießt somit die Vorteile des Atlantikpaktes, ohne jedoch irgendwelche Verpflichtungen ihm gegenüber eingehen zu müssen.

Die jugoslawische Armee

war in den sechs Jahren des Konfliktes mit den Ostblockstaaten großen Änderungen unterworfen. In den Tagen des Bruches mit dem Kominform verfügte sie fast ausschließlich über Beutewaffen, oder Waffen, die sie während des Krieges von den Westalliierten erhielt oder nach Kriegsende von den Sowjets kaufte, da sie über keine nennenswerte eigene Rüstungsproduktion verfügte. In den Jahren 1948—1952 wurden laut jugoslawischen Angaben 35 leistungsfähige Rüstungswerke mit einem Aufwand von 1200 Millionen Dollar errichtet, für die auch Beträge aus der 300 Millionen Dollar-Militärhilfe der USA, Frankreichs und Großbritan-

niens verwendet wurden. Während vor dem Kriege in Jugoslawien nur Gewehre erzeugt wurden, werden heute alle Arten von Infanteriewaffen, Granatwerfer, Artillerie, Flugzeuge samt Motoren, Munition, Sprengstoffe und manche Präzisionsgeräte hergestellt. Gleichzeitig wurde der Bau kleinerer Kriegsschiffe intensiviert, so daß die USA beachtliche «off shore»-Aufträge an Infanteriewaffen, Munition und kleineren Kriegsschiffen in Jugoslawien plazieren konnten, was das beste Zeugnis für die Güte der neuen jugoslawischen Rüstung ablegt. Die jugoslawische Armee erhielt ferner von den USA eine bedeutende Verstärkung durch Lieferung schwerer Waffen, wie Kanonen, 48-Tonnen-Tanks, einer kleineren Anzahl von Düsenflugzeugen, ferner Pionierausrüstung und Fahrzeuge. Im Rahmen des Programms für gemeinsame Sicherheit wurden von den USA mehr als 200 Schiffs-ladungen Kriegsmaterial nach Jugoslawien geliefert. Die Ausbildung jugoslawischer Offiziere an den neuen Waffen erfolgte ausschließlich im Ausland, vorwiegend in den USA, da die Belgrader Regierung die Anwesenheit fremder Instruktoren im Lande nicht wünschte. Die Kontrolle der Verwendung der Waffen erfolgt jedoch durch eine der amerikanischen Botschaft in Belgrad angegliederte Militärmission. Was die Haltung des aus dem Befreiungskrieg hervorgegangenen Offizierskorps anbelangt, steht fest, daß es ganz zu Tito hält, trotz der öfters auftretenden Gerüchte, daß es lieber an der Seite des Ostblocks als Schulter an Schulter mit den «kapitalistischen» Armeen kämpfen würde. Die fortschreitende Verbürgerlichung dieser privilegierten Schicht läßt jedoch vermuten, daß an diesen Gerüchten nicht viel Wahres sein dürfte. Nicht so eindeutig wäre jedoch im Ernstfall das Verhalten der Mannschaft, die sich noch immer zu 70 Prozent aus der ländlichen, vom Regime bis vor kurzem verfolgten und benachteiligten Bevölkerung rekrutiert.

Die Stärke des stehenden Heeres,

das bisweilen das größte Europas außerhalb der Sowjetunion war, wurde in den letzten Jahren auf 300 000—400 000 Mann geschätzt; tatsächlich dürfte sie gegenwärtig nur etwas mehr als 300 000 betragen. Für einen 17-Millionen-Staat ist dies gewiß eine imponierende Stärke, die nur durch ausgedehnte Waffenübungen der Reservisten aufrechterhalten werden kann. Die anfangs Oktober vom britischen «Observer» gebrachte Nachricht, daß Jugoslawien angesichts des Nachlassens der Spannung an einen Abbau seiner Streitkräfte schreite, wurde in Belgrad schärfstens dementiert. Es wäre zweifellos eine geringfügige Reduktion des Heeres vorgenommen worden, wenn nicht bei der Moskauer Konferenz der Ostblockstaaten anfangs Dezember beschlossen worden wäre, die Satellitenarmeen zu verstärken und unter einheitliche sowjetische Führung zu stellen. Die jugoslawische Regierung weiß noch allzugut, daß es einzige und allein die Stärke und Kampferfahrung der jugoslawischen Armee war, welche die Sowjetunion nach 1948 daran hinderte, das abtrünnige Titoregime mit einem Handstreich zu beseitigen. Der weiteren Unterstützung durch den Westen und der wiedergewonnenen Achtung des Ostens kann sich Jugoslawien auf die Dauer nur dann erfreuen, wenn es sich auf eine starke und gut ausgerüstete Armee stützt.

Der Preis, den die jugoslawische Bevölkerung für die Aufrechterhaltung des Titoregimes bezahlte, war nicht gering.

Der Lebensstandard

wurde nicht nur durch gewaltige Industrialisierungsvorhaben, sondern vor allem durch riesige Ausgaben für die Verteidigung auf ein kaum ertragbares Niveau herabgedrückt. Wie der jugoslawische Wirtschaftsführer Svetozar Vukmanovic-

Tempo Ende November vor seiner Abreise aus den USA, wo er um weitere Hilfe bat, erklärte, muß Jugoslawien 22,3 Prozent des Nationaleinkommens für die Verteidigung aufwenden, während es in Frankreich lediglich 11,6 und in Großbritannien 10 Prozent seien. Von der Gesamteinfuhr müssen Vukmanovic zufolge rund 30 Prozent für den Bedarf der Armee und der Rüstung abgezweigt werden. Diese Zahlen erklären, warum ein durchschnittliches Familieneinkommen einschließlich der staatlichen Kinderbeihilfen nur rund 10 000 Dinar beträgt, was der Kaufkraft nach etwa 100 Fr. entspricht. Ein Hilfsarbeiter bzw. ein Briefträger oder Eisenbahner erhält 6—7000 Dinar, ein Facharbeiter bis zu 9000, ein leitender Ingenieur oder Angestellter bis zu 16 000 und ein Fabrikdirektor 20 000 Dinar monatlich. Mit diesen 20 000 Dinar kann er sich nur einen Anzug, nicht aber das kleinste Radio oder Fahrrad kaufen, denn diese kosten 28 000—30 000 Dinar. Wenn sich ein jugoslawischer Fabrikdirektor eine importierte Reiseschreibmaschine kaufen wollte, müßte er sich mehr als ein Jahresgehalt zurücklegen können. Das Einkommen eines Arbeiters oder Angestellten, der keine Möglichkeit hat, sich einen Nebenverdienst zu verschaffen, reicht somit gerade zum kargen Leben: der Einkauf von Bekleidung muß bereits auf lange Ratenzahlung erfolgen.

Die Lenker der jugoslawischen Wirtschaft wehren sich jedoch heftig gegen die von westlicher Seite geäußerten Ansichten, daß sich Jugoslawien infolge der gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Versorgung mit elektrischem Strom, Kohle und Weizen in einer schweren Wirtschaftskrise befindet und behaupten, die Kohlenförderung sei 1954 um 2 Millionen Tonnen und die Stromerzeugung um rund 400 Millionen Kilowatt größer als im Vorjahr. Daß diese Mengen nicht ausreichen, sei auf das Anwachsen der Industrieproduktion zurückzuführen, die bereits den Index von 209 im Vergleich mit 1939 erreiche, während die landwirtschaftliche Erzeugung bei der Indexzahl 108 steckengeblieben sei. Das Versagen der Landwirtschaft ist, wie von jugoslawischer Seite gar nicht geleugnet werden kann, auf die bis Frühjahr 1953 mit schärfsten Mitteln betriebene Kollektivierung zurückzuführen, die dann zugunsten freiwilliger genossenschaftlicher Zusammenschlüsse der Bauern fallengelassen wurde. Die Zahl der Kollektivmitglieder ging dann nach jugoslawischen Angaben von 400 000 auf 150 000 zurück. Die mit allen Mitteln

forcierte Industrialisierung

ging notgedrungen generell auf Kosten der Modernisierung der Landwirtschaft, deren Erträge trotz dem ausgewiesenen Index von 108 stark unter dem Vorkriegsniveau liegen dürften. Die dreimalige Mißernte (1950, 1952 und 1954) und die offensichtliche Unlust der Bauern, ihre Marktleistung zu steigern, führte nunmehr dazu, daß Jugoslawien bis zur nächsten Ernte infolge des Fehlens jeglicher Vorräte 1 300 000 t Weizen vorwiegend aus den USA wird einführen müssen, da die letzte Weizenernte die schlechteste seit dem ersten Weltkrieg war. Dieser Weizenimport kann jedoch angesichts der stark passiven Außenhandelsbilanz nur mit einem weiteren Entgegenkommen der USA durchgeführt werden. Die bisherigen Hilfeleistungen der westlichen Länder erreichten bereits die Summe von 500 Mio Dollar. Die gesamte Auslandsverschuldung Jugoslawiens beträgt rund 400 Mio Dollar an kurz- und mittelfristigen Krediten, deren Rückzahlung (50 Mio jährlich, zuzüglich 8—9 Mio Dollar Zinsen) die Zahlungsbilanz unerträglich belastet. Deingegenüber wurden die direkten Schäden, die Jugoslawien von den Ostblockstaaten durch den Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen 1948 zugefügt wurde, von Marshall Tito beim VI. Parteikongreß in Agram im November 1952 auf 429 Mio Dollar beziffert, worin allerdings die noch bedeutenderen Blockadeschäden nicht enthalten sind. Die Handelsbeziehungen wurden seinerzeit auf eine Weise abgebrochen, wie dies nur beim Ausbruch offener Feindseligkeit üblich ist. Das Belgrader Wirtschaftsblatt «Ekonomika politika» betonte daher am 8. September,

in der Zeit der Aufnahme inoffizieller Kompensationsgeschäfte mit den Oststaaten, die nunmehr von normalen Handelsverträgen abgelöst werden, nachdrücklich, daß die Frage des Schadens, den Jugoslawien durch die Wirtschaftsblockade erlitten hatte, nicht außer acht gelassen werden könne. Die Sowjetunion hat sich aber bisher, soweit bekannt wurde, zu diesem Thema nicht geäußert.

Jugoslawien könnte auch als Beispiel für eine

erfolgreiche Politik der Stärke und Unnachgiebigkeit

dienen: dem militärisch erstarkten und über eine ausreichende strategische Rückendeckung verfügenden Jugoslawien gegenüber hat der Kreml andere Töne angeschlagen als in der Zeit, da der abtrünnige Vasall schwach und allein dastand. Die außenpolitische Haltung Jugoslawiens, dessen Regime infolge der Nichteinmischung des Westens in innere Angelegenheiten selbst in der Zeit der ärgsten Bedrängnis im wesentlichen kommunistisch geblieben ist, was nunmehr von Moskau gebührend geschätzt wird, will aber künftig elastischer sein. Der Fall Milovan Djilas und Vladimir Dedijer, die bereits vor einem Jahr wegen ihrer Demokratisierungstendenzen von den höchsten Posten in Staat und Partei entfernt wurden und sich Ende Dezember in ihrer Verzweiflung an ausländische Zeitungen wandten, da sie in ihrem Land, dessen System laut Djilas dem Stalinismus sehr nahe stehe, keine Möglichkeit für eine Meinungsäußerung hatten, zeigt allzu deutlich, daß Tito-Jugoslawien als ein kommunistisch-totalitärer Staat keine Opposition duldet und wohl auch nicht dulden kann. Die kürzliche Reise des Staatschefs Tito nach Indien und Burma war von seinem Wunsch getragen, sich für die «dritte Kraft» zu engagieren, um, von beiden Weltblocks umworben, auch weiterhin in der Weltpolitik eine größere Rolle zu spielen, als es eigentlich einem 17-Millionen-Land zukommt. Tito gelang es zweifellos, auch die im Sommer 1954 eingetretene Entspannung, die für ihn verhängnisvoll hätte werden können, wenn der Westen für Jugoslawien ein geringeres Interesse als bisher gezeigt hätte, geschickt für sich auszunützen. Die Normalisierung, die jedoch von einer gewünschten Koexistenz noch weit entfernt ist, erlaubt es ihm, bei den Verhandlungen mit dem einen Block das Gewicht seiner Beziehungen zur Gegenseite in die Waagschale zu legen.